Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure zweimal täglich ins Haus gebracht: 80 Pf. monatl., 2.40 Mk. vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 Pf. monatl., 2.25 Mk. vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 Mk., monatl. 1.20 Mk. ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint zweimal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnements-Annahme: Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis 5 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Tel.-Anschl. { 14 692 / 14 693 / 14 694

Tel.-Anschl. { 14 692 / 14 693 / 14 694

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk.; Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften u. in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 Mk. p. Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher.

Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag des Leipziger Tageblattes E. Polz.

Inhaber: Paul Kürsten.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 128. Dienstag, den 9. Mai 1911. 105. Jahrgang.

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 18 Seiten.

Das Wichtigste.

* Der Kaiser nahm am Montagnachmittag vor dem Kaiserpalast die Huldigung der Studenten der Universität Straßburg entgegen. (S. d. bes. Art.)

* Der Reichstag förderte am Montag die Beratung der Reichsversicherungsordnung bis § 213. (S. Reichstagsber.)

* In der „Nordd. Allg. Ztg." wird das Gerücht von der Entsendung dreier deutscher Kreuzer nach Marokko sehr scharf dementiert. (S. d. bes. Art.)

* Aus Anlaß der Niederwerfung des Aufstandes in Ponape verlieh der Kaiser mehrere Ordensauszeichnungen. (S. Dichts. R.)

* Wie gerüchtweise verlautet, warden in Venezuela neue revolutionäre Pläne aufgedeckt.

Russen auf Deutschlands hohen Schulen.

In Berlin hat sich vor ein paar Tagen ein russischer Student erschossen, weil er nicht immatrikuliert worden ist. Es muß ein nervöser, übersensibler junger Mensch gewesen sein, denn der Grund war eigentlich kein zwingender. Er war schon an drei anderen deutschen Hochschulen immatrikuliert gewesen und hätte, zumal das Semester kaum begonnen, anstandslos an eine von diesen Stätten zurückkehren können; schließlich quillt der Born der Wissenschaft in deutschen Landen ja nicht bloß in Berlin, und auch in Wien kann man zu Füßen sehr ansehnlicher deutscher Gelehrten sitzen. Also wenn man will: die Tragödie einer schwächlichen Jünglingsseele, die nicht die erste und leider nicht die letzte sein wird.

Aber der melancholische Handel hat für uns Deutsche und insbesondere für die Preußen unter uns doch noch eine andere, sozusagen öffentliche und politische Seite, und darüber wird doch noch ausführlicher zu reden sein. Der junge Mann ist vom Rektor und Universitätsrichter nicht immatrikuliert worden, weil die Polizei ihn als politisch verdächtig bezeichnet hatte. Und in diesen Verdacht scheint er geraten zu sein, weil er einem inquirierenden Schutzmann oder Wachtmeister auf den freundschaftlichen Rat: er möge sich doch dem von der russischen Botschaft patronisierten russischen Verein anschließen, zur Antwort gegeben hat, ein solcher Verein sei nicht nach seinem Geschmack; er suche nach einem Zirkel freiheitlicher russischer Studenten. So soll sich der Vorgang nach der polizei-offiziösen Darstellung zugetragen haben, und schon diese Version, die ihr gewiß nicht feindlich ist, bezeugt die rechtschaffen oberflächliche Art, wie die Berliner politische Polizei derlei Fragen zu behandeln pflegt. Sie beweist auch eine schier beschämende Abhängigkeit unserer Universitätsbehörden von der Polizei.

Wir denken über die Immatrikulation russischer Studenten an Deutschlands hohen Schulen an sich ungeheuer skeptisch. Wir hätten nicht einmal etwas dagegen, wenn sie rundweg und grundsätzlich ihnen verweigert würde. Denn diese Elemente gehören eigentlich nicht zu uns. Sie haben, da die russischen Gymnasien und gar noch die Realschulen auch nicht entfernt dem Kursus unserer Vollanstalten entsprechen, keineswegs die Vorbildung, die wir von unseren angehenden Musensöhnen verlangen. Sie haben, weil sie zu großen Teilen sich aus durchaus anderen Schichten rekrutieren, andere gesellschaftliche Gewöhnungen als wir, und werden so vielfach von unseren deutschen Studenten mit Recht als eine höchst unerfreuliche Belästigung empfunden. Sie kommen vielfach auch gar nicht zu uns, um zu lernen und, wie es sich für sie in solcher Position ziemt, bescheiden aufzunehmen, sondern um vom ersten Augenblick an zu kritisieren. Wer diese Leute überhaupt richtig kennen gelernt hat — mit ihrem unleidlichen Hochmut, der sie über die alten Formen unserer Gesittung nur mitleidsvoll die Lippen kräuseln läßt, mit ihrer Krittelsucht und unausstehlichen Besserwisserei —, wird sich schwer verursacht fühlen, schützend über sie die Hände zu breiten. Wenn man also die russischen Studenten prinzipiell von unseren Hochschulen ausschlösse, wäre kaum Ernsthaftes dagegen einzuwenden. Um so weniger, als ja auch Rußland in diesen Stücken keine Gegenseitigkeit kennt und in echter slawischer Ueberheblichkeit zu seinen Dressuranstalten nur zuläßt, wer sich ein russisches sogenanntes Maturum erfaß.

Wenn wir aber zu solcher Rigorosität uns nicht entschließen können, dann würde es uns wohl anstehen, die Dinge anders anzufassen als bisher. Die jetzige Praxis erniedrigt Männer von begründetem Weltruf zu Gehilfen der doch sehr reformbedürftigen politischen Polizei. Aber es muß doch noch andere Mittel für die Universitätsbehörden geben, sich über den Grad der politischen Zuverlässigkeit russischer Adepten zu unterrichten als „das Zeugnis des Schutzmanns X oder Y", oder, was noch schlimmer ist, das Avis irgendeiner russischen Polizeistelle. Die Merkmale der politisch Verdächtigen sind in Rußland ja nicht schwer zu erwerben. Als vor langen Jahren diese Frage einmal im preußischen Abgeordnetenhause behandelt wurde, meinte der Sprecher der Linken: in Rußland würden dazu wohl schon freisinnige und nationalliberale Anschauungen ausreichen. Das ist vielleicht noch nicht einmal genug gesagt. In Rußland sperrt man bereits Schulbuben von 14 bis 15 Jahren, bei denen sich nur ein törichtes Buch fand, in die Gefängnisse ein. Auch gibt es dort für derlei Vergehen kein geordnetes gerichtliches Verfahren; das besorgt der „administrative Weg" kurz, geräuschlos, nachdrücklich, Anklage, Verurteilung und Strafvollstreckung gleich in einem. Darum sollten unsere Universitäten, wenn sie überhaupt dem slawischen Nachwuchs ihre Tore öffnen, sich jeden Fall eines politisch verdächtigen Russen doch nur genau ansehen. Und wenn ihre eigenen Organe dazu nicht ausreichen, sollten sie wenigstens durch freundschaftliche Vorstellungen dahin zu wirken suchen, daß die politische Polizei für dergleichen Inquisitionen einigermaßen geschulte Kräfte verwendet.

Kaisertage in Straßburg.

Kaiser Wilhelm nahm am Montagvormittag in Straßburg den Vorbeimarsch der Truppen der Garnison ab, der von Generalleutnant Freiherrn von der Goltz kommandiert wurde. Hierbei führte der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha das zweite rheinische Husarenregiment Nr. 8 vor. Nach beendigtem Vorbeimarsch hielt der Kaiser eine Kritik ab und nahm sodann militärische Meldungen entgegen. An Ordensauszeichnungen wurden u. a. verliehen: dem kommandierenden General von Fabeck der Rote Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub, Generalmajor von Borries der Stern zum Kronenorden zweiter Klasse und den Generalmajoren von Böckmann, Dermen und Auler der Rote Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub.

Inzwischen war von der Universität her die

gesamte Studentenschaft der Universität

angerückt, die von dem Rektor geführt wurde. Voran zogen die Chargierten in vollem Wichs mit Fahnen und blanken Schlägern. Dahinter in imposantem Zuge über zweitausend Studenten. Der Rektor meldete dem Kaiser, daß die Studenten bereit ständen, ihrem Kaiser die Huldigung darzubringen. Der Vorsitzende des Studentenausschusses trat hierauf vor, während die Chargierten einen Halbkreis um ihn bildeten, und dankte dem Kaiser für die gnädige Erlaubnis. Er sagte, daß die Studenten mit aller Begeisterung, deren die akademische Jugend fähig sei, dem großen Führer des deutschen Volkes entgegenjubelten und an diesem Ehrentage das heilige Gelöbnis ablegten, daß, wenn sie dereinst an den heiligen Aufgaben des Vaterlandes mitwirken dürften, sie stets treu zu Kaiser und Reich halten würden. Redner schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, worauf die Nationalhymne gesungen wurde. Kaiser Wilhelm erwiderte darauf folgendes:

„Ich spreche Ihnen meinen Dank aus für die Huldigung, die Sie mir soeben dargebracht haben, und ich erwarte von Ihnen, daß, wenn Sie einst ins Leben hinaustreten werden, Sie gelernt haben werden aus dem, was in unserem Vaterlande vorgeht, daß die Partei nicht die Hauptsache ist, sondern einzig und allein das Gedeihen unseres Vaterlandes und unseres Volkes. Wenn Sie deren Interessen voranstellen, so hoffe ich, daß stets Ihr Leitstern und Ziel das Wohl des Vaterlandes sein wird."

Die Studenten zogen hierauf truppweise, sich vor dem Kaiser verneigend, vorüber, der noch den Rektor ins Gespräch zog und sich dann zum Frühstück bei dem kommandierenden General von Fabeck begab.

Mit dieser Studentenhuldigung hat der unangenehme Zwischenfall bei der Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelms I., über den wir gestern abend berichtet hatten, seine Erledigung gefunden.

„Vorläufig nicht."

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Werden aus dem Vorgehen der Franzosen in Marokko politische Weiterungen entstehen? Diese Frage haben sich wohl alle am politischen Leben teilnehmende Deutsche in den letzten Wochen gestellt. Heute kann man die Frage dahin beantworten: „Vorläufig nicht." In dieser Antwort liegt zweierlei: die Ablehnung eines sofortigen Eingreifens und die Voraussicht, daß in der Zukunft sich die Dinge nicht ganz einfach gestalten werden. Es ist gut, wenn das deutsche Volk sich auf beides einstellt. Die verschiedenen Kundgebungen, die in den letzten Wochen von Berlin aus ergangen sind, hatten sicherlich nicht nur den Zweck, das Ausland, sondern in erster Linie auch den, das Inland über die Pläne der Regierung zu unterrichten. Man hat bisher weder dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg noch dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Kiderlen-Wächter Vielrednerei in den Angelegenheiten der auswärtigen Politik nachgesagt. In der Frage der Vergütung für Schädigungen deutscher Farmer im Burenkriege hat die „Nordd. Allg. Ztg." vor einigen Wochen eine Erklärung erlassen, die eine sehr lebhafte Abneigung dagegen verriet, viel Worte zu machen. Aehnlich war es bei der Schädigung eines bei Oporto ansässigen deutschen Reichsangehörigen. In der Marokkofrage dagegen sind mehrfach Kundgebungen ergangen, die nicht ohne Grund auf maßgebliche Kreise zurückgeführt worden sind.

Es verlohnt sich, immer von neuem die klaren Linien der deutschen Politik hervorzustellen. Das Hauptsächliche ist das folgende: Die bündigen Versicherungen der französischen Regierung, daß sie nicht beabsichtige, die Integrität Marokkos und die Souveränität des Sultans anzutasten, werden loyal angenommen. Ein unabhängiger marokkanischer Herrscher ist nach deutscher, unbestreitbarer Auffassung ein wesentlicher Bestandteil sowohl des Vertrages von Algeciras wie des deutsch-französischen Februarabkommens. Frankreich ist ebenso wie Spanien die Ausübung der Polizeigewalt nur in marokkanischen Häfen übertragen worden. Dieses Mandat erlischt zu Beginn des Jahres 1912. Ob es sich empfiehlt, das Mandat zu erneuern, ist eine offene Frage. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen steht Deutschland einer neuen Marokkokonferenz nicht freundlich gegenüber. Wer an den Bestimmungen der ersten Konferenz rütteln will, kann nicht erwarten, daß das Deutsche Reich gläubig auf die Ergebnisse einer neuen Konferenz vertraut. Indem so die Grundzüge der deutschen Auffassung offen hervorgestellt werden, handelt Deutschland loyal gegen das französische Volk; es treibt ein offenes und ehrliches Spiel, und von der anderen Seite kann nicht späterhin der Vorwurf erhoben werden, man sei absichtlich im dunkeln über die deutsche Auffassung gelassen worden.

*

Wie wir bereits in unserer gestrigen Abendnummer mitteilten, ist das Gerücht von einer Entsendung deutscher Kreuzer nach Marokko falsch. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt dazu mit Recht folgende scharfe Sätze: „Eine der vielen, neu entstandenen Nachrichtenagenturen hat eine Meldung verbreitet, daß die deutsche Regierung beschlossen habe, drei Kreuzer nach den marokkanischen Gewässern zu entsenden. Wir haben es hier mit einem gefährlichen Unfug zu tun. Jeder einigermaßen politisch denkende Mensch muß sich nämlich selber sagen, welche Verantwortung er auf sich nimmt, wenn er in einer so ernsten Frage, wie es die marokkanische ist, frei erfundene Sensationsnachrichten lanciert.

„Orden gefällig?"

(Pariser Brief.)

L. **Paris**, 5. Mai.

Wir sind in der Republik! Nicht in der Schweiz oder den Vereinigten Staaten, wo nur den französischen Kognakflaschen das Tragen von drei Sternen erlaubt ist. Sondern in Frankreich, dem Lande der Großen Revolution, deren „Menschenrechte", Gleichheit und Brüderlichkeit, mit allen Privilegien, Lilien, Adelspatenten und Dekorationen aufräumten. Die verschiedenen Empires und „Restaurationen" haben zu einer dritten Republik geführt, die es mit der Religion von 1789 nicht allzu streng nimmt. Vor ein paar Jahren noch betrachtete man die ganze Ordensfrage mit pariserischem Skeptizismus. Ein sozialistischer Antrag, die Ehrenlegion und alle anderen Auszeichnungen aufzuheben, war einmal von der Kammer angenommen worden. Wohl weil sich der Senat nie mit dem Gesetz gegen die Eitelkeit befassen wollte, stellte ein Witzbold der äußersten Linken den neuen Antrag, jedem Franzosen bei der Geburt sämtliche roten, blauen und grünen Ordensbändchen in die Wiege zu legen. Damit wäre den Gleichheits- und Brüderlichkeitsprinzipien der Großen Revolution Genüge getan und zugleich bei der Seltenheit der französischen Geburten ein der Wiederbevölkerung nützlicher Gerechtigkeitsakt vollzogen. Ging auch dieses kluge Projekt nicht in Erfüllung, so „dekorierten" doch die republikanischen Regierungen stets ausgiebiger; die Zahl der „Palmen" wurde sogar verdoppelt. In dieser köstlichen Zeit würde niemand Ordensdekrete gefälscht oder Geld dafür verlangt haben. Die Ware schien zu billig, und Falschmünzer ahmen keine Kupferstücke nach.

Dann aber kam eine „Reaktion". Der ehemalige Sozialist Briand verbot strengstens das Tragen aller nicht gesetzlich autorisierten Dekorationen; er verordnete eine komplizierte Prozedur selbst für jede „Palmen"-Kandidatur. Für Ausländer mußte der diplomatische Apparat in Bewegung gesetzt werden. Da sahen denn Ordensschacherer und Ordensfälscher die Tage guter Geschäfte wiederkehren. Und so haben wir in der Republik jetzt dreierlei Dekorations-Affären zu gleicher Zeit!

Zunächst die Affäre des Monsieur Pierre Geslot, Bureaudieners im Ackerbauministerium, der am Sonnabend vor der Pariser Strafkammer abgeurteilt wurde. Dieser Peter galt in weitesten Kreisen für eine einflußreiche Persönlichkeit, die allerdings ihren Einfluß auch hoch einzuschätzen wußte. Naturgemäß konnte Geslot das Kabinett des Ministers betreten, wann es ihm beliebte. Nicht nur, um den Papierkorb auszuleeren, sondern auch um für sich eine kleine Gefälligkeit zu erbitten. Demokratische Minister können stolzen Lakaien in seidenen Kniehosen selten etwas abschlagen. Leider brauchte der Bureaudiener für seine galanten Abenteuer sehr viel Geld, und so begnügte er sich bald nicht mehr damit, den landwirtschaftlichen Verdienstorden für 300—600 Franken und Patente zur Eröffnung von Tabakbureaus für einige Tausender verleihen zu lassen. Unter Mithilfe von Kumpanen, die die Rolle von Finanzinspektoren spielen mußten, entlockte er seinen Bittstellern bedeutende Anzahlungen, worauf die Betrugsklage erfolgte. Wie zahlreich die Kundschaft Geslots war, sagte der als Kronzeuge geladene Gourlot, Exkutscher des Expräsidenten Loubet, aus: „Die Regierung bin ich!" hat Geslot, laut Gourlot, einmal ausgerufen. Trotz seiner hohen Konnexionen wandert Geslot auf acht Monate in irgendeine Bastille der Republik.

Die beiden andern Affären befinden sich noch im Zustand der gerichtlichen Untersuchung. Wir kommen aus dem Vaudeville in die Operette, von der Hintertreppe in den Regierungspalast einer Phantasie-Republik mit wunderbar uniformierten Präsidenten, Ministern, Senatoren und Generalkonsuln. Die Reihe der Figuranten vermehrt sich von Tag zu Tag wie die Zahl der Ueberraschungen. Ein Zufall hat jetzt entdecken lassen, daß auf den meisten offiziellen Landkarten seit Jahren ein Staat verzeichnet ist, der gar nicht existiert! Noch vor wenigen Wochen war in der Pariser Akademie der Wissenschaften die Rede von Counani, einem Freistaat, der zwischen Brasilien und Cayenne liegen sollte. Als man letzthin den Advokaten Valensi und seinen Helfershelfer Clementi verhaftete, die in Paris, Lille und bis nach Hamburg und Bremen einen schwunghaften Handel mit echten und falschen französischen, tunesischen, marokkanischen und Phantasie-Orden betrieben, erfuhr man auch, daß sie im Namen der Republik Counani Titel und Dekorationen verliehen hatten. In Lille verkaufte noch jüngst ein gewisser Evrard seine „Charge" von Counani an den Agenten Bimont, der bereits den Titel eines Admirals der counanischen Flotte erworben hatte, was noch schlimmer ist als der Schweizer Admiral aus Offenbachs „Vie Parisienne", da Counani nicht etikettiert! Zwar hatte der „Matin" sofort den Präsidenten der Republik Counani interviewen können, der in London lebt, einen gewissen Gustave Brézet, der mit den Großkordons seiner Orden überladen ist und dem Spezialkorrespondenten versicherte, sein Freistaat Counani habe mehr als 300 000 Einwohner, 33 Senatoren und 33 Deputierte, ein Heer von 2500 Soldaten und auch ein Heer von Diplomaten. Präsident Brézet hatte dem „Matin" auch eine Nummer seines „Bulletin Officiel" geschenkt, in der u. a. verzeichnet waren die Namen des Dr. Charles Calzoretty, Marquis de Calzoret, bevollmächtigten Geschäftsträgers bei der französischen Republik, des Legationssekretärs F. de la Rougefosse, des Attachés de Labretoigne, des militärischen Attachés Obersten Barons H. de Gaugler und des Kanzlers L.-C. Cousin. Der Marquis de Calzoret, ein Geschäftsmann ohne diplomatische Prätentionen, empfing ebenfalls einen Vertreter des „Matin" und behauptete, eine Reihe interessanter Rechtspapiere über den Staat Counani, einen Teil des 1900 nicht durch Schiedsspruch Brasilien zuerkannten und von Guayana bestrittenen Gebiets, zu besitzen. Jean Galmot, ein Delegierter der Kolonie Guyana, schreibt aber dem „Matin", daß, so unglaublich das scheine, und obschon die Société de Géographie auf ihren Karten überall Counani vermerke, dieser Freistaat nirgends existiere, und daß Gustave Brézet früher französischer Gendarm in Cayenne gewesen sei!

Jean Galmot hatte so viel von den Herrlichkeiten Counanis gehört, daß er vor einigen Monaten in Cayenne ein Dampferchen bestieg, um eine Reise nach der Wunderrepublik anzutreten. Der Kapitän, der seit zwanzig Jahren an der Küste kreuzte, wußte aber nichts von dem Reiche des Präsidenten Brézet und setzte Galmot mit einigen Goldgräbern in Mapa, dem einzigen bewohnten Erdenfleck zwischen Guayana und der Mündung des Amazonenstroms, aus; die Bewohner der dreißig Hütten von Mapa rieten Galmot ernstlich ab, sich in die übelduftenden und fiebergefährlichen Sümpfe des Innern vorzuwagen, wo er in einem Gebiet von 40 000 Quadratkilometer kaum 300 Menschen, aber weder eine Hauptstadt Counani noch einen Senat, eine Deputiertenkammer, ein Heer oder ein steinernes Haus finden werde! Sie kannten die Entstehung der ganzen Schwindelrepublik. Im Jahre 1894 hatte ein Witzbold, als viel von dem „Carsewene-rush" die Rede war, sich im Café Chagnas zu Cayenne als Präsident der „Amazonen-Republik" ausrufen lassen. Brézet, der Kellner in dem Café war, bevor man ihn als Gendarm verwandte, hatte den Ulk nicht vergessen, den man damals mit dem „Präsidenten" getrieben hatte; eine glorreiche Idee stieg in ihm auf, und 1902 fand er endlich in der Pariser Rue Peletier „Finanziers", die dem martialisch auftretenden Gendarmen a. D. zu einem Kapital von zwei Millionen

SLUB
Wir führen Wissen.